

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

9.6.1870 (No. 132)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 132.

erschienen täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 R. 18 Kr., durch die Post be-
tragen 1 R. 33 Kr. vierteljährlich.

Donnerstag, 9. Juni

Insertionsgebühr:
die gespaltene Zeile ober deren
Raum 3 Kreuzer.

1870.

Die Gotthardbahn.

Der württembergischen Regierung ist angeblich eine Note des preussischen Kabinetts zugegangen, in welcher derselben mitgeteilt wird, daß die Subvention für die Gotthardbahn vom norddeutschen Reichstage bewilligt worden sei (10 Mill. Fr.), und daß Württemberg vor Ablauf des am 31. Juli d. J. zu Ende gehenden Präklusivtermins darüber schlüssig werden müsse, ob und in welcher Weise es sich gleichfalls bei der Ausführung der gedachten Bahn beteiligen wolle. Württemberg hat im Berner Schlussprotokoll erklärt, von der Voraussetzung auszugehen, daß man bezüglich des Verkehrs über den St. Gotthard zwischen Württemberg und Deutschland einerseits und Italien andererseits den Grundsatz der Beförderung auf der kürzesten Linie anerkennen werde. Diese Hoffnung habe sich bei den bis jetzt stattgehabten Verhandlungen noch nicht bewährt, und so müsse Württemberg die Frage einer dem St. Gotthard-Unternehmen zu gewährenden Subvention im Allgemeinen sowohl als die spezielle Frage des Betrages dieser Subvention von einer weiteren Vereinbarung mit Baden über ihre beiderseitigen Konkurrenzverhältnisse bezüglich des Verkehrs zwischen Deutschland und Italien abhängig machen. Die badischen Stände haben bekanntlich genehmigt, daß das Großherzogthum sich mit 3 Mill. Frs. bei der Subvention für die Gotthardbahn beteilige. In der Sitzung des norddeutschen Reichstages vom 24. Mai wurde über den vom Bundeskanzleramt vorgelegten Gesetzesentwurf, betreffend Subvention für die Gotthardbahn, verhandelt. Minister Delbrück leitete die Verhandlung mit einer Erläuterung ein, womit derselbe das Projekt der Gotthardüberschneidung von den verschiedenen Interessenseiten beleuchtete, und sowohl den Stand des Unternehmens wie auch den seitherigen Verlauf auseinandersetzte. Deutschland und Italien hätten der Gotthardlinie den Vorzug gegeben, nachdem man in der Schweiz über die Wahl der Linien (Splügen, Luchmanier, Gotthard) getheilte Ansicht gewesen. Veranschlagtes Baukapital für die Gotthardbahn 187 Millionen Franken; verlangte Subvention 85 Mill., davon sollen tragen: die Schweiz 20 Mill., Italien 45 Mill., die deutschen Staaten 20 Mill. Von Seiten des Nordbundes sollen 10 Mill. geleistet werden; die Privateisenbahngesellschaften tragen noch außerdem 2 Mill. Fr. Herr Delbrück empfahl die Annahme der Vorlage mit dem Hinweis darauf, daß das Werk über seine commerciale Bedeutung hinaus eine politische habe, die in den Beziehungen Deutschlands zur Schweiz sowohl wie zu Italien ihre Grundlage finde. v. Sybel betonte in seinem langen Rede für die Vorlage besonders die politische Seite. Durch das Unternehmen solle ein Beweis der veränderten Machtstellung errungen werden, welche Norddeutschland durch die Ereignisse von 1866 sich verschafft habe. Keiner unter uns, sagte derselbe, werde sich gegen das Prestige verständigigen wollen, welches zum ersten Male seit

1866, vielleicht seit Jahrhunderten, sich für Deutschland dadurch erfülle, daß es Theilhaber an einer so großartigen Unternehmung außerhalb seiner Grenzen werde. Er könne nicht unerwähnt lassen, daß das Splügenprojekt „unsere“ commerciale Unabhängigkeit u. „unsere“ Konkurrenzbedürfnisse gegenüber Brenner und Mont-Cenis nicht befriedige. Der Anschluß an die Splügenbahn erfordere bei Bregenz die Verührung österreichischen Gebietes, eine Thatsache von größtem Bedenken! „Reichen wir, so schloß er, dem italienischen Volke, für welches wir historisch begründete Sympathien hegen, die Hand!“

Die Genehmigung der Subvention ad 10 Mill. wurde vom Reichstage erteilt. Man meldete dieser Tage, daß die italienische Regierung demnächst dem Parlamente ebenfalls eine desfallsige Vorlage machen werde.

Inzwischen sind aber Momente hervorgetreten, welche die Verwirklichung des Gotthardprojektes wesentlich in Zweifel stellen. Als bald wurde der „N. V.-Ztg.“ aus Berlin geschrieben:

„Es wird von unsern eingeweihten Politikern eingeräumt, daß die Subventionierung der Gotthardbahn durch den Nordbund nicht erfolgt wäre, wenn das Florentiner Kabinet sich nicht zu einem besondern Abkommen verstanden hätte, das wahrscheinlich die diplomatische Form eines Geheimvertrages angenommen hat. Bismarck hatte ohnehin darauf hingedeutet, daß die Herstellung einer direkten Verbindung mit dem voraussichtlich auf die Dauer uns befreundeten Italien entscheidend für die Subvention sei. Er fügte hinzu, daß die Rücksichten für dieses Verfahren so auf der Hand lägen, so oft erwogen und zum Theil so delikater Natur seien, daß er bitten müsse, ihn von der nochmaligen Darlegung zu entbinden. Die nähern Freunde des Bundeskanzlers zweifeln nicht daran, daß strategische Rücksichten es sind, welche die direkte Eisenbahnverbindung Deutschlands mit Italien um so mehr geboten haben, als das befreundete Baden diese Verbindung direkt vermittelt. Man sagt hier auch, die Erwägung bestimmter Eventualitäten sei zu diesen strategischen Rücksichten die Veranlassung gewesen.“

Verschiedene Blätter melden nunmehr, daß der Plan der Ueberschneidung des Splügen neuerdings sehr in den Vordergrund trete, wofür die Kosten sich um die Hälfte billiger stellten, und die Zeichnungen bereits weit mehr betragen als jene für den Gotthard, allein an Privatzeichnungen schon über 50 Mill. Franken. Ueberdies hat sich am 19. v. M. in Paris für den Splügen eine Unternehmungsgesellschaft aus den hervorragendsten Firmen gebildet, und ist man in Italien nichts weniger als eingenommen für den Gotthard. Mailand hat sich mit 2 Mill. für den Splügen, und mit nur 1 Mill. für den Gotthard erklärt. Der Provinzialrath von Arcona verwarf das Gotthardprojekt gänzlich und sprach sich für den Splügen aus. Der Provinzialrath von Venedig einstimmig entschieden gegen den Gotthard. Genua hat 7 Millionen für den Gotthard bewilligt, alle übrigen Provinzen wiesen aber eine Beteiligungs kategorisch zurück. Unter solchen Umständen wird die württembergische Kammer schwerlich in die Lage kommen, gleich der badischen, eine Subvention für die Gotthardbahn zu bewilligen. Der

Gotthard ist zwar der centrale Paß für die Schweiz, nicht aber für den deutsch-italienischen internationalen Verkehr. Eine sachkundige Feder in der „Fr. Ztg.“ bemerkt: Der Gotthard dient nur dem Rhein einerseits, Genua andererseits. Der Splügen hingegen dient durch die Kinzigthal- und Wutachthalbahn dem Rhein und durch die Bodenseegürtelbahn dem Gros von Deutschland, andererseits dient er Genua und dem Adriatischen Meer. Der wirklich centrale Paß für den Handel ist also der Splügen.

Ein bezeichnendes Licht auf die politische Seite der Sache wirft folgendes:

In einer Schweizer-Korrespondenz der „N. Fr. Pr.“ heißt es: Noch wenige Worte über den Gotthard. Sein so lange von ihm verachteter Rivale, der Splügen, ist, wie über Nacht, zu einem Konkurrenten geworden, der jenem den Rang abzulaufen droht. Deutschland und Italien sollten den Gotthard bauen, und für beide, für Bismarck und die italienische Regierung, war es nur ein politischer Gedanke: die Verbindung gegen Frankreich und Oesterreich. Von Seite der Gotthard-Interessenten suchte man lange das für unmöglich und dann für lächerlich zu erklären, es ist aber immer mehr für wahr erkannt worden: das italienische Volk will kein Kriegsbündniß mit Bismarck; Frankreich hat still, aber desto energischer durch seine Finanzmächte operirt; in der Schweiz ist die drohende Gefahr zum Bewußtsein gekommen; Oesterreich — hm, Oesterreich! Hienach blüht der preussisch-badischen Politik eine Niederlage!

Karlsruhe, 2. Juni. (Warte.) Die Staatsprüfung, welche die Kirchenpolitik des Herrn Staatsministers Jolly den Theologen zufolge der gesetzlichen Selbstständigkeit der Kirchen aufzuerlegen für gut befunden hat, lehrt von Halbjahr zu Halbjahr für die — evangelischen — Theologen regelmäßig wieder. Die katholischen bleiben bekanntlich weg, und müssen deshalb von nun an ihr ganzes Leben als Vikare oder Pfarrverweser zubringen. Ob nun aus diesem Grunde die evangelischen Theologen um so viel mehr leisten müssen, oder ob deren Leistungsfähigkeit in der letzten Zeit abgenommen hat, oder ob das Kreuzfeuer der Prüfungsfragen des Herrn Lyzeumsdirektors Wendt schärfer geworden ist, — kurz, es ist Thatsache, daß die Durchfälle in diesem Staatsexamen sich mehren. Schon im letzten Spätjahre trat dieser Fall ein; vor Kurzem sollen sogar, so wird erzählt, vier evangelische Theologen in dieser Prüfung nicht bestanden sein. Die Sache ist jedenfalls auffallend genug, um öffentlich besprochen zu werden. Tragen die jungen Männer durch ihren Unfleiß die Schuld daran, so wird sich Niemand darüber aufhalten. Ist aber die mangelhafte Vorbildung in unsern badischen Staatsanstalten die Ursache dieser geringeren Leistungen, so liegt die Schuld anderswo. Wenn nicht diese Prüfung selbst bei unserer jetzigen Gesetzgebung über das Verhältniß zwischen

Verschiedenes.

Berlin, 1. Juni. Der Wittwe des von dem Artillerielieutenant von Schewe getödteten Schuhmachermeisters Seyffert hatte für sich und ihre Kinder die gesetzliche Alimentationsklage angestrengt. Diese hat nun einen endlichen Abschluß gefunden, und zwar zu Gunsten der Klägerin durch Verurteilung des Herrn v. Schewe.

Der gewöhnlich in Bezug auf katholische Angelegenheiten nichts weniger als freundlich sich äußernde „Berliner Börsen-Courrier“ schreibt unter dem 2. Juni, daß „im Vergleich zu den Berliner evangelischen Diakonissen-Krankenhäusern nirgends so viel Toleranz geübt werde, als in dem kathol. St. Hedwigs-Krankenhaus, in welchem Barmherzige Schwestern ihre Dienste verrichten.“

In der Infanterie-Kaserne zu Darmstadt erschoss sich am Morgen des 2. Juni ein 19jähriger israelitischer Soldat. Derselbe war aus Mainz gebürtig und diente beim 4. hessischen Regiment.

Frankfurt, 3. Juni. Friedrich Stolze's „Frankfurter Laternen“ ist wieder von den Todten erstanden. Sie wird „entweder in Frankfurt oder anderswo“ regelmäßig erscheinen. Ein Probeblatt mit „Galgenhumor“ liegt vor, worin so Manchem heimgeleuchtet wird. — In der Nähe von hier an der Eisenbahn wurde die Leiche eines Arbeiters gefunden, dem auf den Schienen der Kopf vom Rumpfe getrennt war.

Biesbaden, 1. Juni. Das Familien-Silbergeräthe des nassauischen Fürstenhauses, welches 1866 zur Sicherung nach

Oesterreich verbracht worden war, ist gestern unter Führung eines österr. Kondukteurs in Viebrich wieder angekommen. Dasselbe wog etwa 70 Zentner. In Viebrich wird die Hoffnung hieran geknüpft, daß nun auch der Herzog wohl bald wieder einmal nach Viebrich kommen werde.

Hamburg, 30. Mai. Die Sprengpulverfabrik zu Krümmel im Herzogthume Lauenburg ist gestern nach einer hierher gelangten Meldung in die Luft geslogen. Der Chemiker und vier Arbeiter sind leider dabei umgekommen. Das Gebäude, worin das Sprengöl fabrizirt wird, ist völlig demolirt, dagegen sind die Dynamitfabrik und die Magazine unverfehrt geblieben.

Recklinghausen, 2. Juni. Nordöstlich von hier im Gemeindebezirke des Dorfes Hslen a. d. Lippe hat letzten Dienstag ein großer Waldbrand gegen 500 Morgen Kiefern und Haide zerstört.

Stuttgart, 3. Juni. Die Nachricht der „Berliner Monatszeitung“ (aus bester Quelle geschöpft!): Die Eigenthümer der „Allgemeinen Zeitung“ hätten den Verlag des Blattes an Dr. Stroussberg abgetreten, entbehrt nach Mittheilung aus noch besserer Quelle jedes Grundes. — Vom 1. Januar bis 11. v. M. erteilte man hier für 81 Hauptgebäude, mit zusammen 309½ und für 15 Wohnhinterhäuser mit zusammen 37 Stockwerken Bauerlaubniß.

München, 2. Juni. Die für die „Internationale Arbeiter- und Handwerker-Ausstellung in London“ bestimmten, von bayer. Arbeitern gefertigten Gegenständen werden, soweit sie bis jetzt hier eingetroffen sind, vom 3. bis 7. d. M. in unserm großen Rathhaussaal ausgestellt werden. Die Zahl derselben beträgt

bereits mehr als hundert, durchgehends meisterhafte Arbeiten, die einen für unsere Arbeiter ehrenvollen Platz in der Londoner Ausstellung einnehmen werden.

Grünberg, 1. Juni. Die Nacht vom 28. auf 29. Mai war für Grünberg eine sehr unheilvolle. Es sind nämlich in derselben sämtliche Weinsüde Grünbergs und der Umgegend total erstoren.

Worms. Vor Kurzem hatte sich ein Fremder in einem hiesigen Gasthose einlogirt. Aus Dankbarkeit für die gute Bewirthung und um sich in gutes Andenken zu setzen, steckte er andern Morgens die Ueberzüge und Leintücher von den Betten in sein eigens dazu hergerichtete Reisetaschen. In vergangener Nacht war derselbe wieder hier, aber diesmal anständiger, denn er begnügte sich, seinem Logisgeber bloß die Betttücher zur einseitigen Aufbewahrung einzupacken.

In Tulamore (Irland) wurde am 27. Mai das traurige Schauspiel einer Doppelbinrichtung in Scene gesetzt. Die Delinquenten waren ein herculisches Geschwisterpaar, Laurence und Margaret Shields, ersterer 24, letztere 29 Jahre alt, welche beide vor Kurzem gemeinschaftlich einen Mann gewinnstüchtiger Zwecke wegen unter erschwerenden Umständen ermordet hatten und dieserhalb zum Tode durch den Strang verurtheilt waren. Hand in Hand starben sie, eine Litanei herfahend, äußerst gesaft, namentlich trug das Weib eine bewundernswürthe Festigkeit auf ihrem letzten Gange zur Schau.

In Konstantinopel ist vor einigen Tagen die erste Nummer eines katholischen Blattes, betitelt „l'Esprit“ (also wahrscheinlich in französischer Sprache) ausgegeben worden.

Kirche und Staat eine Abnormität wäre, so könnte man sich bei dem Gedanken beruhigen, daß es der Kirche zu gut kommt, wenn ihre Diener hinsichtlich ihrer allgemeinen wissenschaftlichen Bildung höheren Anforderungen entsprechen müssen, als Andere, die sich für den Staatsdienst wissenschaftlich vorbereiten. Aber so, wie die Sachen jetzt liegen, ist dies jedenfalls eine Erscheinung, in der Baden einzig in seiner Art dasteht. Damit in Verbindung steht eine andere Thatsache, welche noch mehr geeignet ist, Aufsehen zu erregen. Einem Theologen, der im letzten Spätjahr die theol. Prüfung mit dem Präbikat „gut“ bestanden hat, aber in der oben erwähnten Staatsprüfung nicht bestand, soll der evangelische Oberkirchenrath die Erlaubniß zur Ordination nicht erteilt haben.

Die „Warte“ findet das in schneidendem Widerspruch stehend mit der Selbstständigkeit der Kirche.

Karlsruhe, 3. Juni. Im benachbarten Hessen begab sich kürzlich folgender Gerichtsfall: Ein ehemaliger Oberleutnant wurde unter Anklage gestellt wegen Verläumdung des katholischen Ortsgeistlichen und Ver-spottung der katholischen Religion. Sein Verteidiger reichte ein Perhorrescenzgesuch ein, mit Hinweis darauf, daß die drei Richter des Bezirksstrafgerichts Katholiken seien, von denen ein vorurtheilsvoller Erkenntniß sich nicht erwarten lasse. Das Perhorrescenzgesuch wurde verworfen, und in Folge dessen erschienen der Angeklagte und sein Verteidiger nicht in der Verhandlung, welche in contumaciam geführt werden mußte. Die Verkündung des betr. Urtheils ist auf den 10. d. M. anberaumt. — Dieser Vorgang bestimmt uns, auf einen Artikel der alten „Badischen Vdsztg.“ Nr. 127 dd. Karlsruhe, 31. Mai, näher einzugehen. Der Schreiber dieses Artikels tritt der Ansicht demokratischer und ultramontaner Blätter entgegen, welche zu verstehen geben, daß sich die amtliche Stellung des Hrn. Oberstaatsanwalts Kiefer mit dessen Parteithätigkeit nicht vereinbare. Der Karlsruher Mitarbeiter der „Vdsztg.“ sagt nun weiter:

„Dem gegenüber wollen wir auf die Stellung des Kreisgerichtsbaumsart hinweisen, die uns noch viel unvereinbarer mit seiner Parteithätigkeit scheint, als die des Hrn. Kiefer. Denn Hr. Kiefer ist nur Ankläger, über dessen Anträge ein Kollegium zu befinden hat; Baumsart aber ist Richter und damit von viel größerem Einfluß auf einen Urtheilspruch, als Hr. Kiefer. Aus Baumsart's hervorragender schroffer politischer und konfessioneller Parteilichkeit ergibt sich von vornweg eine Kollision mit seinen richterlichen Aufgaben. Die Bedenklichkeiten, die wir in Bezug auf diese Doppelstellung äußern, erscheinen unverkennbar von den einleuchtendsten Gründen getragen. In der That wird sich gegen den Wunsch, Baumsart möge entweder seine Parteilichkeit oder sein Richteramt aufgeben, vom Standpunkt unbefangener Anschauung in Beziehung auf die Justiz keine haltbare Einwendung machen lassen, sowie das Verhältniß, in welchem Baumsart zu dem damaligen Regime steht, in Verbindung mit einer so hochwichtigen amtlichen Stellung nicht etwa bloß den „National-Liberalen“ ein Dorn im Auge ist, für die sich aus der Kombination Gesichtspunkte besonders erster Art ergeben.“

Wir glauben zeigen zu können, daß der Mann der „Vdsztg.“ bei seiner Argumentation sich geirrt hat. Davon, daß außer Hrn. Baumsart Richter im Lande vorhanden sind, welche gegen eine große Klasse von Staatsbürgern notorisch eine hervorragende politische und konfessionelle Parteilichkeit einnehmen, sagt der Schreiber des Artikels nichts. Diese Richter scheinen ihm eben angenehmer zu sein, und deren Parteilichkeit mit ihrer amtlichen Thätigkeit ihm im besten Einklange zu stehen. Das bemerken wir übrigens nur nebenbei. Das Hauptsächliche ist folgendes: Ein Richter, sofern er ein gewissenhafter Mann ist, sofern er, um es genauer zu sagen, ein christl. Privatgewissen hat, kann in einem Konflikt zwischen seinem Amte und seiner politischen und konfessionellen Parteilichkeit als Staatsbürger nicht kommen, weil er es einfach in der Hand hat, sich von der amtlichen Funktion im vorkommenden Falle zu dispensiren, oder dispensiren zu lassen.

Bei einem Staatsanwalt ist dieses nicht der Fall, vermöge seiner Stellung als Organ der Regierung, für welche er unbedingt und mit Unverantwortlichkeit das Amt des Anklägers zu führen hat. Ferner können Richter von den Angeklagten wegen Befangenheit aus politischer oder konfessioneller Parteilichkeit, oder wegen Beidem zusammen, perhorrescirt werden; den Staatsanwalt kann man aber nicht perhorresciren. Ein gewissenhafter Richter wird es auf die Perhorrescierung gar nicht ankommen lassen. Der in der „Vdsztg.“ gezogene Vergleich erscheint uns hiernach als ein hin-fender. — Das Verhältniß hat noch eine andere Seite. Der Richter tritt erst in Funktion, nachdem ihm der Angeklagte vorgeführt ist; er sucht Niemand auf, um denselben abzuurtheilen; der Staatsanwalt hingegen stellt die Staatsbürger, welche sich seiner Ansicht nach einer Gesetzesübertretung (wir haben hier lediglich politische und Preßvergehen im Auge), schuldig gemacht haben, unter Anklage; er nimmt dieses vor auf Weisung des Ministeriums. Von einem ausgeprägt schroffen Parteilichkeit ist nun die wünschenswerthe Einhaltung des gleichen Maßes nicht in der Weise verbürgt, daß eine vollständige Beruhigung befalls Platz greifen könnte. Wenigstens wird im Hinblick auf die menschliche Schwäche die Geneigtheit, Parteilichkeit zu vermuthen, durch die Aufstellung einer solchen Persön-

lichkeit zum Staatsankläger erweckt und unterhalten. Um bezwillen hat die Ernennung des Hrn. Kiefer zum Oberstaatsanwalt Wisnuth und Bestürzung zur Folge gehabt. Warum gerade auf diesen Posten, wenn Hr. Kiefer wieder in den Staatsdienst eintreten sollte? So fragt man sich. Der peinliche Eindruck und die Deutungen in einem dem herrschenden System nicht vortheilhaften Sinne waren doch un schwer vorauszu sehen. Man lieferte dem Mißtrauen unverkennbar plausiblen Grund, und es ist schon insofern gewiß loyal, den Wunsch auszusprechen, daß diese Ernennung hätte unterbleiben mögen. — Mit diesen Bemerkungen halten wir die Auffassung in dem vorwürgigen Artikel der „Bad. Vdsztg.“ für entkräftet.

Karlsruhe, 7. Juni. Die Zusammenkünfte hoher gekrönter Häupter müssen immer einen geheimnißvollen Hintergrund haben, und der Scharfsinn unserer Tagespolitiker ist sehr erfinderisch, einen solchen künstlich zusammenzustellen, wo in Wirklichkeit keiner vorhanden ist. Auch über die Zusammenkunft des Zaren von Rußland mit dem König von Preußen in Begleitung des Grafen Bismarck sind schon allerlei Hypothesen aufgestellt worden. Erst glaubte man, es sei dieses Rendezvous eine Antwort auf die neuestens wieder ge-sehene Annäherung zwischen Oesterreich und Frankreich.

Die „Mannheimer Abendzeitung“ schreibt hierüber: „Der König von Preußen und Graf Bismarck sind am Samstag Abend, von Ems kommend, in Berlin wieder eingetroffen. Damit sind so ziemlich die Erörterungen verstummt, die über die Emsjer Monarchen-Zusammenkunft von verschiedenen Seiten aufgenommen worden waren — und dürfte die ganze Bedeutung derselben darauf zurückgeführt werden: den offenbar innigeren Beziehungen zwischen Frankreich und Oesterreich gegenüber darzutun, daß Preußen sich der Freundschaft Rußlands erfreut und für gewisse Fälle dieser Freundschaft — wenn auch vielleicht weniger der Hilfe Rußlands sicher ist.“

Jetzt will man wissen, es handle sich um die endliche Entscheidung der norddeutschen Frage. Die Gemahlin des Thronfolgers von Rußland, die dänische Prinzessin Dagmar, welche bekanntlich stark für dänische Politik schwärmt, und die innige Sorge für dänische, deutschfeindliche Interessen nach Rußland mitgebracht hat, soll die Ursache sein, daß diese Frage wieder in den Vordergrund tritt. Preußen soll sich zur Lösung der Frage bereit erklärt haben, unter der Bedingung, daß alsbald das gesammte Großherzogthum Hessen in den norddeutschen Bund eintrete. Unwahrscheinlich klingt diese Kunde freilich nicht; aber dennoch ist sie unbegründet. Wir wissen aus ganz guter Quelle, daß Preußen nicht daran denkt, diese politische Differenz jetzt zur Lösung zu bringen, sondern fest entschlossen ist, die Nationalitätenfrage fern zu halten und nicht zur Anregung zu bringen.

Karlsruhe, 8. Juni. S. R. H. der Großherzog haben mit höchster Entschiedenheit gnädigst geruht, die Lehramtspraktikanten Josef Anton Heffner an dem Schullehrerseminar in Ettlingen und Martin Müller an dem Schullehrerseminar in Meersburg zu Professoren zu ernennen.

Heidelberg, 1. Juni. (P. B.) Sicherem Vernehmen nach wird die gegenwärtige Besetzungsweise katholischer Pfarreien in der nächster Zeit Gegenstand energischer Beratungen des dabei theilnehmenden Clerus werden. Da wir die obwaltenden schweren Mißstände aus eigener Anschauung kennen zu lernen in der Lage uns befinden, so begrüßen wir schon beim Beginne dieses Bestrebens und zeigen unsern Freunden aus dem hochw. Clerus hiermit an, daß nicht allein unser Blatt, sondern auch unsere übrige Kraft der Lösung dieser wichtigen Frage im Sinne der unbedingten Trennung der Kirche vom national-liberalen Staate zur Verfügung steht. Einstweilen theilen wir folgenden Artikel eines Geistlichen mit:

„Vom Rhein, 31. Mai. Das gebotene und verbotene Staatsexamen für Geistliche wird selten mehr in öffentlichen Blättern besprochen, und doch treten die Folgen desselben erst jetzt recht zu Tage und fangen an schwer empfunden zu werden. Aussicht auf Erlangung einer Pründe ist nicht vorhanden. Der Pfarrverweisergehalt ist spärlich zugemessen, die Lebensbedürfnisse werden immer theurer und eine allgemeine Aufbesserung der Tagesgehälter soll, wie versichert wird, nicht möglich sein. Dazu kommen noch, was bei so vielen erledigten Pründen oft unvermeidlich ist, die häufigen Versezungen und die damit verbundenen Ausgaben und Verluste, welche die geringe Entschädigung durchgehends übersteigen. Auch sollen und möchten die betreffenden Geistlichen zu guten Zwecken etwas beitragen und der Arme, welcher das Pfarrhaus betritt, fragt nach dem Staatsexamen ebensowenig als nach den Tagesgehältern. Es ist endlich auch nicht unbekannt, daß Manche als Studenten wegen unzureichenden Patrimoniums Geld leihen mußten und später auch in dieser Hinsicht Verbindlichkeiten haben.“

Daß unter diesen und ähnlichen Umständen auch der Genügsamste und Bescheidenste von Wisnuth und anderem Muth befallen wird zu gewissen Stunden, ist leicht erklärlich. Man braucht nicht selbst in der

Lage dieser unschuldig gestraften und vielgeschmähten jungen Männer zu sein, um ihre erbärmliche Stellung zu erkennen. Ich halte es daher für Pflicht, für sie ein Wort zu sprechen, gleichviel, ob ich damit nützen werde oder nicht.

Sie sind Unterthanen des Staates und Diener der Kirche und haben als solche nicht bloß Verbindlichkeiten zu erfüllen, sondern auch zu beanspruchen, was anderen Unterthanen des Staates und Dienern der Kirche gewährt wurde und wird.“

Freiburg, 6. Juni. Die heute Abend in Anwesenheit unseres durchlauchtigsten Fürstenpaares erfolgte Preisvertheilung hatte folgendes Resultat: A. Volks-gesang: I. Preis — silberner Pokal mit Diplom — Verein Freundschaft zu Pforzheim (das einsame Röslein von Hermes), II. Preis — silberner Pokal mit Diplom — Liederkrantz Benzkirch (das Schneeglöcklein von J. Maier), III. Preis — silberner Pokal mit Diplom — Sängerrunde Hochberg in Emmendingen (Mein Wunsch), IV. Preis — ehrende Anerkennung mit Diplom — Verein Kaiserstuhl von Endingen Zum Abschied gab sie mir die Hand, von Abt). B. Kunstgesang: I. Preis — silberner Pokal mit Diplom — Liederhalle Karlsruhe (Sonntags, von Abt), II. Preis — silberner Pokal mit Diplom — Lieder-tafel Mannheim (Loast, von Zimmermann), III. Preis — silberner Pokal mit Diplom — Liederkrantz Heidelberg (des Harfners Lieb, von Zimmermann), IV. Preis ehrende Anerkennung mit Diplom — Liederkrantz Karlsruhe (Morgenlied, von Henrici) und Männergesang-Verein Pforzheim (Der Barbe, von E. Reiter.)

Berlin, 5. Juni. Graf Bismarck hat sich heute in Begleitung seiner Familie nach Barzin begeben, wo er voraussichtlich bis zum Herbst verweilen wird. — Das Bundesstrafgesetzbuch wird demnächst veröffentlicht werden, von dem überdies eine amtliche Ausgabe veranstaltet wird.

Die Handelskammern mehrerer Städte, worunter Breslau, Hannover, Leipzig, Braunschweig, hatten bei dem Zollbundesrath um Verlängerung der Zollkreditfrist auf 6 Monate nachgesucht, ihr Gesuch ist aber abgelehnt worden. Sachien hatte sich bei der Berathung dieses Gesuchs im Zollbundesrath für die Abhaltung einer nochmaligen Enquete über die Anführungen der Petenten ausgesprochen. Der Bundesrath soll Ende dieser Woche sich vertragen.

Berlin, 6. Juni. Im letzten „Staatsanzeiger“ werden 29 Militärscheue von Schubert ebiktaliter vor Gericht gefordert. — Herr Hans Blum wird, wie einige Blätter melden, in preussischen Staatsdienst treten. Das Gerücht scheint in Folge der Unterredung entstanden zu sein, zu welcher Graf Bismarck nach den Verhandlungen über das Strafgesetzbuch Herrn Blum berief, und in welcher er ihm die Versicherung gegeben haben soll, sein Votum für die Todesstrafe thue der Pietät gegen seinen Vater keinen Abbruch.

Der „Grazer Tagespost“ zufolge beabsichtigt der seinem Absterben entgegengehende Herzog von Anhalt sein 48 Quadratmeilen großes Ländchen an Preußen abzutreten; der Erbprinz würde gegen Belassung des Dominalgutes seine Zustimmung zur Accession erteilen. — Der Zollbundesrath beschloß in seiner letzten Sitzung vor der Vertagung das Ersuchen an das Bundespräsidium, sich wegen der Einführung 5jähriger Volkszählungsperioden, an Stelle der jetzigen 3jährigen, mit den übrigen Vertragskontrahenten zu benehmen.

= **Ems, 6. Juni.** Der Kaiser von Rußland reist am 13. d. von hier ab. Zum 18. d. wird König Wilhelm von Preußen wieder hier erwartet.

Stuttgart, 3. Juni. Die von der „Berliner Montagzeitung“ aus sicherster Quelle geschöpfte Mittheilung, „die „Allg. Ztg.“ sei in das Eigenthum von Dr. Stroussberg übergegangen“, entbehrt, wie wir aus aller sicherster Quelle entnehmen, jeder thatsächlichen Begründung. Daß die Redaktion der „Allg. Ztg.“ selbst die falsche Nachricht noch nicht zurückgewiesen hat, erklärt sich wohl dadurch am besten, daß man in Augsburg gegen dergleichen von Zeit zu Zeit, wie auf ein gegebenes Lösungswort, in die Welt gesetzten Gerüchte nach und nach abgehärtet worden ist. Bei dieser Gelegenheit wollen wir bemerken, daß die Eigentümer des Blattes noch nie mehr Grund gehabt haben, mit der Wirksamkeit des Blattes zufrieden zu sein, als gerade jetzt. Die Auflage der Zeitung ist stärker, als sie jemals gewesen, und die innerhalb von 5 Monaten noch nie erreichte Zahl von 44 Extrabeilagen beweist wohl am besten, daß das vielbeneidete Blatt auch seinem äußerlichen Umfange nach in voller Lebenskraft steht. (F. J.)

Wien, 5. Juni. (A. B.) Auch die innere Politik steht still, obwohl voraussichtlich nur auf kurze Zeit. Der Kaiser befindet sich bereits (mit der Kaiserin) in Nisch, der Reichskanzler und der Ministerpräsident haben Wien verlassen, die H. H. Wahlagitatoren und Kandidaten studieren ihre künftigen Reden in den nächstgelegenen Sommerfrischen, die Zeitungen feiern zwei volle Tage, und selbst die Börse beschreibet sich vorerst, keine Albernheiten mehr zu kolportiren und auszubenten. Die letzte That der Regierung, wenn

auch keine unmittelbar politische, ist die Verwirklichung der Wiener Weltausstellung gewesen: die bezüglich offiziellen Ankündigungen sind zur Stunde bereits an das Ausland versendet.

Der allgemeine deutsche Lehrertag wird am Mittwoch mit einer Ansprache des Bürgermeisters von Wien eröffnet.

Der slovenische Reichsraths-Abgeordnete Toman ist hier schwer erkrankt.

Prag, 4. Juni. Nach einer hier eingetroffenen aus Regierungskreisen stammenden Mitteilung wird der frühere Oberst-Landmarschall-Stellvertreter Graf Sigismund Thun zum Oberst-Landmarschall für Böhmen ernannt werden. — Die gestern hier eröffnete süddeutsch-französische Eisenbahn-Konferenz wurde heute geschlossen. Verhandlungsgegenstände waren: Revision des Tarifs, Zulassung des Dynamits im internationalen Verkehr, Regulierung des Getreidetransports.

Die Ergänzungswahlen in den Landgemeinden finden am 7., die in den Stadtbezirken am 10. Juli statt. — Bei Herrnskreischen überschritten preussische Soldaten von der Festung Königstein aus die Grenze.

Graz, 3. Juni. Der Landeshauptmann Graf Gleispach erklärt in einem Abschieds schreiben an die Bevölkerung von Steiermark, sich ganz von dem öffentlichen Leben zurückziehen zu wollen.

Agram, 3. Juni. Der Agramer Gefangenenverein „Kolo“, dann jener in Karstadt „Zora“ sind im Auftrag der Landesregierung geschlossen worden.

Ausland.

Paris, 5. Juni. Wir erfahren nachträglich, daß der Herzog von Grammont auf seiner Rückreise von Wien in München eine kurze Besprechung mit dem Grafen Bray gehabt habe. In diplomatischen Kreisen soll der neue Minister des Auswärtigen aus freien Stücken sich über seine persönliche Stellung zur deutschen Frage aussprechen. Angeblich bezeichnet derselbe sie in folgender Weise:

„Im Jahre 1866, nach Sadowa, er verhehle dies keineswegs, hätte er eine aktive Haltung Frankreichs, der Entwicklung der deutschen Angelegenheiten gegenüber nicht ungern gesehen. Seitdem aber sei die Situation eine so völlig andere und gleichzeitig so geordnete geworden, daß an derartige Abenteuer um so weniger zu denken wäre, als er stets ein abgesetzter Feind aller politischen Donquixoterien gewesen sei. Außerdem aber fühle er sich als Mitglied eines parlamentarischen Kabinetts. Seine auswärtige Politik werde und könne mithin nichts Anderes sein, als der Ausfluß der gemeinsam mit seinen verantwortlichen Kollegen aus dem Ministerium vereinbarten Ideen, die nicht friedlicher sein könnten, als sie es in der That sind.“

Ungeachtet des etwa windigen Wetters und des bedeckten Himmels ist heute, am Pfingstsonntage, halb Paris auf das Land gegangen; ungeachtet dessen waren aber die Kirchen doch sehr stark besucht. In den Tuilerien war Messe mit Musik, zu der das diplomatische Corps, viele Deputirte, die Minister und alle hohen Hofbeamten geladen waren. Alles war in großer Uniform. Trotz seiner Unpäßlichkeit wohnte der Kaiser der Messe an. Heute Abend ist großes Familiendiner in den Tuilerien. Der französische Botschafter am preuss. Hofe, Hr. Benedetti, hat Befehl erhalten, auf seinen Posten zurückzukehren, obgleich sein Urlaub (ein Monat) noch nicht zu Ende ist. Er ist wegen Unpäßlichkeit aber noch nicht abgereist.

Italien. Kürzlich las man die Nachricht, daß Sr. Maj. des König Ehrenmannes General Pallavicini in Rom gewesen und vom General-Staats-Sekretär empfangen worden sei. Nachträglich erfährt man nun, es habe den General die Mission nach Rom geführt, neuerdings zu verlangen, daß italienischen Truppen der Durchzug durch päpstliches Gebiet gestattet werde. Derselbe sei aber damit vollständig gescheitert. Andererseits berichtet die „Unita“, daß General Bizio zum Freischaaenzug gegen Rom bedeutende Summen zur Verfügung gestellt habe, daß alle Geldinstitute Italiens sich an der Unterstützung des Unternehmens beteiligten und daß einzelne Aktionäre der Nationalbank 1000 bis 5000 Lire zeichneten. — Am 1. d. M. starb abermals ein Mitglied der allgemeinen Kirchenversammlung im englischen Kollegium zu Rom: Der Bischof von Southwark, Dr. Grant, nachdem er schon seit längerer Zeit an einem äußerst schmerzlichen inneren Krebs gelitten. Dr. Grant war dem verstorbenen Kardinal Wiseman als Rector des englischen Kollegiums gefolgt, und wurde im Jahre 1851 von Kardinal Franconi zum Bischof gewählt.

Das „Kleine neapolitanische Journal“ bringt die Formel des von den Insurgenten in Calabrien zu leistenden Eides: Der Hauptmann: Im heiligen Namen Italiens und der großen republikanischen und universellen Allianz schwöre, dem Aufruf des Hauptes gehorchen und allsobald so rasch als möglich an den Ort eilen zu wollen, den er Dir durch die Vermittlung des Chefs des Bezirkes oder des Unterbezirkes hat bezeichnen lassen. Das Mitglied: Ich schwöre es. Der Hauptmann: Schwöre und behauere, daß Du, im Falle Du ungehorsam wärest oder Dich nicht zur

bestimmten Zeit einfindest, einen schmachvollen Tod, d. i. den Tod des Feigen und des Verräthers, erleiden willst. Das Mitglied: Ich schwöre und behauere es. Der Hauptmann: Bruder, bereite Dich vor zum Kampfe! Der Augenblick zum Handeln ist nahe; die Stunde der Befreiung wird schlagen. Lasse es Dir mit einem Bruderkusse genug sein! Das Mitglied: Es lebe die große republikanische Welt-Allianz!

Semlin, 5. Juni, Abends 9 Uhr. Laut Privatavis des Telegraphenamtes Pissa brennen die Hauptstraßen von Pera seit fünf Stunden.

Konstantinopel, 6. Juni, Morgens. Gestern Nachmittags um 1 Uhr brach eine schreckliche Feuersbrunst aus, die bei starkem Winde mit reißender Schnelligkeit um sich griff und erst gegen Mitternacht eingekerkert werden konnte. Das Hotel der britischen Gesandtschaft, die Konsulate von Amerika und Portugal, das Theater Rajun, das armenische Patriarchat, mehrere Kirchen und Moscheen, mehrere tausend Häuser und die reichsten Magazine des Quartiers Pera sind vollständig vernichtet. Mehrere Tote und Verwundete. Die Flammen züngeln noch jetzt an verschiedenen Orten auf. Der Schaden beträgt jedenfalls mehrere Millionen, ist eigentlich gar nicht zu berechnen. Der Telegraphendraht von Pera nach dem übrigen Europa war abgerissen, jetzt ist die Verbindung wieder hergestellt.

Abends. Die Stadt hat ein düsteres Aussehen. Die Börse und fast alle Gewölbe sind geschlossen. Der französische Botschafter hat alle Franzosen, welche durch die Feuersbrunst beschädigt sind, eingeladen, in seinem Hotel Unterstüzungen entgegenzunehmen.

Die gesammte türkische Panzerflotte unter dem Befehle Hobart Pascha's manövriert im Archipel. — Für den Sohn des Khedive von Aegypten wird am Bosporus ein Palast hergerichtet.

Athen, Ende Mai. In Folge der Verhöre der Zeugen und Mitschuldigen in der Schwurgerichtsverhandlung gegen die zum Tode verurteilten 7 Räuber wurden noch achtzehn Berghirten und der Abt des Klosters von Penteli gefänglich eingezogen, die den Räubern Herberge und Nahrung lieferten, ohne deren Versteck den Behörden anzuzeigen. Der flüchtige Räuberhauptmann Takos sammt seinen sieben entkommenen Anhängern konnte trotz der eifrigsten Nachforschungen noch nicht aufgefunden werden.

Karlsruhe, 8. Juni. Gestern Abend fand im Gasthof zu den vier Jahreszeiten eine ziemlich zahlreiche Bürgerversammlung statt, welche befuß der nun bald in Fluß kommenden hiesigen Wahlen ihre Beschlüsse faßte, wobei besonders die Wahl des Oberbürgermeisters in's Auge gefaßt wurde. Es wurden alsbald 24 Vertrauensmänner als ein Wahlcomité aufgestellt, worunter der Hr. Oberbürgermeister selbst gewählt wurde. In der Versammlung befanden sich ferner noch der zweite Herr Bürgermeister, sowie beinahe der ganze Gemeinderath. Ueberhaupt befanden sich darin die angesehensten Bürger von hier.

Baden, 7. Juni. Von 5. Fremdenliste 7473, von 6. 8141, somit von einem Tage auf den anderen Zuwachs 668. Unter den Neuangekommenen Gäste aus allen europäischen Ländern, sowie aus Amerika (darunter San Franzisko und Mexiko), ferner aus Ismaila, Aegypten.

Bahr. Wie der „Chr. Ztg.“ von hier, 2. d. geschrieben wird, hat der Bürgermeister beim Groß-Bezirksamt um die Genehmigung nachgesucht, mit Aufstellung der vorgeschriebenen Listen, welche die Vornahme der Bürgermeisterei voraussetzen, alsbald beginnen zu dürfen. Die Gründe dieses Gesuchs sind der Wunsch des Bürgermeisters, der ganzen Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, das ihr durch die neue Gemeindebegehung zukommende Wahlrecht so rasch als möglich ausüben zu können u. c.

St. Blasien, im Juni. Der Artikel aus dem Kreis Waldshut Nr. 122 Ihres Blattes bedarf einer Erwiderung. Der Korrespondent berichtet:

„Ein Fabrikant in St. Blasien beriet am letzten Sonntag mit seinen Arbeitern die Abschaffung der Feiertage, resp. das Arbeiten an denselben. Diese aber erklärten, sie hätten die Feiertage nicht eingesezt und thäten sie auch nicht weg.“

Thatsache ist, daß eine Besprechung stattgefunden hat und daß das Arbeiten an Feiertagen, wie dies von konkurrierenden Etablissements längst eingeführt ist, einer Diskussion unterworfen wurde. Von Seite der Direktion wurde angeregt, daß einer Reduktion der bisher festgehaltenen Arbeitsstunden kein Hinderniß entgegenstehe, wenn dagegen die Feiertage, die von der Konkurrenz als Arbeitstage aufgenommen sind, in gleicher Weise als produktive festgestellt würden; mit dem Bemerkung jedoch, man wolle damit den religiösen Anschauungen der Arbeiter nicht entgegenstehen, stelle es vielmehr in das Ermessen der Arbeiter selbst, hierüber zu beschließen und sie verständigten sich dahin, die bisherige Ordnung auch ferner zu handhaben.

Mehrere Arbeiter der Spinnerei. — **Säckingen, 3. Juni.** Wie man hört, sollen hier noch im gegenwärtigen Jahre 40 Arbeiterwohnungen gebaut werden. Weitere Bauhätigkeit bemerkt man

an den Etablissements der Fabrikanten, deren Erweiterung bezielend. Zum Gebrauche des Mineralbades sind bereits Gäste hier, und werden deren eine größere Zahl erwartet.

Konstanz, 4. Juni. (Konst. Z.) Aus guter Quelle erfahren wir, daß auch der Gemeinderath hiesiger Stadt eine Neuwahl veranlassen wird.

Vom See, 3. Juni. Dem wegen seiner freimüthigen Rede zweifach bestrafte Priester Dr. Hansjakob hat die Liebe und Anhänglichkeit des Volkes bei dessen Rückkehr vom Staatsgefängnisse einen äußerst warmen feierlichen Empfang bereitet. Die ganze Pfarngemeinde Hagnau versammelte sich gestern Nachmittag am Seeufer, ihres heimkehrenden Seelsorgers harrend. Als das Schiff um 5 Uhr ankam, begrüßten ihn Hochs und Freudenrufe vom Lande her. Das Bezirksamt hatte das Schießen bei Strafe verboten, und am Landungsplatze stunden zwei Gendarmen — die jungen Bursche führen aber theils weit in den See hinaus, theils waren sie in den Weinbergen versteckt, um von da aus zu schießen. Die wenigen Musikanten des Ortes hatte man zu spalten gewünscht durch den Hinweis, daß sie nicht mehr der Herrschaft in deren nächstem Schlosse Kirchberg spielen dürften, falls sie sich zu dem Empfange des Ortsgeistlichen verwenden ließen. Dafür hatte sich aber der Gesangsverein am Ufer aufgestellt, und sang kräftig in die Hochrufe des Volkes hinein. Während war der Empfang, als Dr. Hansjakob das Land betreten; die Leute weinten, Jung und Alt, kein Auge blieb thranenleer vor Freude und Theilnahme. Im Zug ging es dann unter fortwährendem Schießen nach dem Pfarrhofe, der mit Kränzen und Inschriften geziert war, der Weg vor demselben mit Blumen bestreut. Hierauf Vortrag einiger Gesänge; dann dankte der Dulder in einer Ansprache für den liebevollen Empfang, wies die Ehre ab, als nicht ihm persönlich, sondern ihrem Glauben und ihrer Kirche zukommend, in der man geboren u. erzogen sei, und zu einem anderen besseren Leben geführt werde, für welche man aber auch freudig kämpfen und dulden müsse u. c. Mit dreimaligen Hoch schloß die Empfangsfeierlichkeit.

Vom See, 5. Juni. Dem Pfarrer von Eigeltingen wurden dieser Tage wiederholt die Fenster eingeworfen. Es soll kein Gendarm in der Nähe gewesen sein, dem Unfuge zu steuern.

Mannheim, 3. Juni. (N. Bad. Vbzg.) Siebentes mitteleuropäisches Musikfest. Das 7. Musikfest der hiesigen verbündeten Städte Darmstadt, Mainz, Mannheim und Wiesbaden, findet in den Tagen des 3. und 4. Juli hier statt. Die Vorbereitungen zur besten Ausführung des Festes sind hier in eifrigster Pflege. Die Empfangs- und Einquartirungskommission ist bemüht, die erwarteten Gäste aufs Beste zu versorgen, während die Vergnügungskommission mit Geist und Wisz hinter dem Festvorhange die mannigfachen Unterhaltungen bereit hält. Für heute nennen wir nur einen großartigen Gesellschaftabend, einen glänzenden Ball und eine Fahrt nach Heidelberg. Den Besitzern von badischen Zinfattien ist eine kleine Pfingstfreude geworden. Nach langer Dürre fielen in der Generalversammlung von vorgestern einige beschneidende Tropfen. Es wurde beschlossen, 4/5 Fr. oder 2 fl. 6 kr. südd. Währung für die Aktie von 50 Fr. Dividende gegen Auslieferung des zweiten bis einschließlich 13. Dividendenheftes zu bezahlen.

Schwaben, 1. Juni. Die Nachrichten aus Böhmen und Belgien über die Ueberwinterung des Hopfenstodes lauten durchweg günstig, nur klagt man theilweise über das Auftreten von Raufasertarven und anderem Ungeziefer.

Auch hier hat der Stod gut überwintert, doch sind die Klagen über die anhaltende Trockenheit und Hitze allgemeine. Gestern, und so auch heute wurden die Gewächse zwar durch einen kleinen Regen erfrischt, welcher aber zu unbedeutend war, um eine nachhaltige Wirkung auf die Pflanze üben zu können, doch scheint sich jetzt ein Umschlag in den Witterungsverhältnissen vollziehen zu wollen. Die Vorräthe in 1869er Waare sind total geräumt und ist es äußerst schwierig, da und dort noch einen Ballen vorjährige Waare selbst bei Plaghändlern aufzutreiben. (Schwab. Wochenbl.)

Weinheim, 2. Juni. Der lang erwünschte und endlich getommene Regen thut Gärten, Weinbergen, Feldern und Wiesen wohl. Die Blütenpracht, namentlich der Apfelbäume, verspricht viel. Aber trotz der andauernden Kälte haben die Raupen fürchtbar überhand genommen. In den letzten Tagen wurden hier mehrere Contracte über sehr bedeutende Lieferungen von Küschen nach England abgeschlossen.

Vom Rhein, 2. Juni. Durch die lange anhaltende, trodene Witterung zeigt sich anfangs Futtermangel. Die Früchte haben dadurch wenig gelitten und steht eine ergiebige Ernte in Aussicht.

Neueste Post.

London, 7. Juni, Abends. Man versichert, daß die Königin von England nach Schluß der Parlaments-Session den Sommer in einer Villa bei Luzern zubringen werde.

Genua, 7. Juni. Es geht das Gerücht, eine Bande von 25 Mann habe bei Pisa verücht, die Eisenbahn abzuschneiden; es sei zum Konflikt mit den Angestellten der Eisenbahn gekommen und dabei ein Individuum verwundet worden.

Gestorben in Karlsruhe.

3. Juni. Heinrich, V.: Schreiner Neumaier, 3 J. 5 M. 5 T.
3. Elisabeth, Wittve des Partikulier Müller, 75 J.
5. Friedrich, V.: Kohnmann, Schneider, 2 M. 9 T.
6. Wilhelm Karl, V.: Buh, Bahnhoferarbeiter, 2 M. 26 T.
6. Karl Steibel, Privatmann, 67 J.
6. Franz Hoch, Bez.-Förster a. D. 60 J.
6. Jakob Wolf, Polytechniker, 18 J.
6. Elisabeth, V.: Holtenweger, Metzger, 2 J. 10 M. 13 T.
7. Joseph, V.: Weigand, Fabrikarbeiter, 2 J. 11 M.
8. Wilhelmine, Witw. des Holzwegd. Traberger 62 J.
8. Frieda, V.: Assistent Abrell, 4 M. 19 T.

